



VSA:

Wolfgang Müller

China: neuer Hauptfeind des Westens?

Nach 100 Jahren Erniedrigung
will das Land der Welt auf
Augenhöhe begegnen

Wolfgang Müller
China: neuer Hauptfeind des Westens?

Wolfgang Müller hat 15 Jahre in der IG Metall Bayern gearbeitet und den Siemens-Konzern und dann die Auto- und Zulieferindustrie betreut. Zuvor war er Software-Entwickler bei US-Computerkonzernen. Er hat mehrere Jahre in Peking gelebt. Im VSA: Verlag erschien 2021 sein Buch »Die Rätsel Chinas – Wiederaufstieg einer Weltmacht. Digitale Diktatur, Staatskapitalismus oder sozialistische Marktwirtschaft?«, er schreibt außerdem regelmäßig in »Sozialismus.de« über aktuelle Entwicklungen in der Volksrepublik.

Wolfgang Müller

China: neuer Hauptfeind des Westens?

Nach 100 Jahren Erniedrigung
will das Land der Welt auf
Augenhöhe begegnen

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2023, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten:
Beltz Grafische Betriebe, Bad Langesalza GmbH
ISBN 978-3-96488-174-8

Inhalt

Einleitung	7
------------------	---

Kapitel 1

Wie China zum neuen Hauptfeind des Westens wurde	11
Eine andere Agenda als der Westen	11
Neue Kriegserzählung: Demokratie versus Autoritarismus	13
Kriegsschauplätze: Chips, Finanzsektor, Menschenrechte	16
Vom Wirtschaftskrieg zum »heißen« Krieg?	21
Chinas Ambitionen: Multipolarität	24
Großmacht, ohne Supermacht-Ambitionen	26
Nach innen gewandt, trotz hoher Militärausgaben	31
Für eine andere Globalisierung	32

Kapitel 2

Der Chipkrieg gegen China	35
USA wollen Kontrolle über Zukunftstechnologien behalten	35
Die »Fabrik der Welt« braucht Chips	39
US-Sputnik-Syndrom: »Chinas Wirtschaft zerstören«	41
USA machen Druck auf Verbündete	45
Geht der US-Protektionismus nach hinten los?	49
Chip-Nationalismus: Macht die Aufholjagd Sinn?	50

Kapitel 3

Kriegsgrund Taiwan?	55
Relikt aus dem chinesischen Bürgerkrieg	56
Für die USA ein perfektes Kriegsmotiv	59
Bevölkerung für Status quo wegen enger Verflechtungen	62
Krieg ist das Letzte, was China braucht	65

Kapitel 4

Deutschland & Europa US-Juniorpartner?	73
Hysterische Diskussion um Abhängigkeiten	75
Das gescheiterte Investitionsabkommen EU-China	81
Chinas Interesse an einem eigenständigen Europa	82
USA und EU wollen Zeitenwende gegenüber China	86
Chinas Kollaps oder China als Partner?	88

Kapitel 5

China, Afrika & der Globale Süden	93
Engagement in Afrika: Kontinent in der Schuldenfalle?	95
Sinnvolle Infrastruktur oder »weiße Elefanten«?	101
Der Westen investiert noch mehr	104
Die Rolle chinesischer Privatunternehmen	107
Chinas Blick auf den Globalen Süden ist kein Imperialismus	111

Kapitel 6

Wird China die globalen Klimaziele erreichen?	115
Größter »Klimasünder« führt bei erneuerbaren Energien	118
Systematische Planung von Umweltpolitik & Innovationen	124
Wetterprobleme, Regulierung & Klimaziele	128

Kapitel 7

Die weitere Entwicklung hat oberste Priorität	133
Herausforderung soziale Spaltung & Wanderarbeiter	133
Einbruch bei der Beschäftigung & beim privaten Konsum	136
Fernes Ziel: »gemeinsamer Wohlstand«	138
Covid-Politik hat soziale Ungleichheit verschärft	139
Mit Infrastruktur-Stimulus gegen die Wirtschaftskrise	141
Immobilienblase & Hypothekenstreiks	142
Wohnungen als Ware & als Geldanlage	144
Privater Konsum & mangelhaftes soziales Netz	148

Einleitung

In den folgenden Kapiteln diskutiere ich, warum die Volksrepublik China heute zum neuen Hauptfeind der USA, aber auch des Westens geworden ist. Der Konflikt zwischen der aufstrebenden Wirtschafts- und Weltmacht und dem bisherigen Hegemon wird die nächsten Jahre und sogar Jahrzehnte prägen. Zudem steuert dieser Konflikt womöglich auf eine militärische Auseinandersetzung zu, weil die Vereinigten Staaten von Amerika ihre einzigartige wirtschaftliche und politische Vormachtstellung um keinen Preis aufgeben wollen.

Die USA sind nicht bereit, sich mit einer neuen multipolaren Weltordnung zu arrangieren. Sie betrachten die globalen Entwicklungen letztlich als Nullsummenspiel: Was das eine Land gewinnt, verliert das andere. Die US-Vormachtstellung in den vergangenen 70 Jahren, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, sorgte für unermessliche Privilegien und Reichtümer: für die amerikanischen Großkonzerne, für die Finanzindustrie und die Wall Street, für den militärisch-industriellen Komplex in den USA. Die Reichtümer der Welt sind zum großen Teil in den USA gelandet. Aber die meisten Menschen in den USA konnten sich von der US-Hegemonie auch im Wortsinne nur wenig kaufen.

Welche Bösartigkeiten hat China eigentlich verbochen, um jetzt zum neuen Hauptfeind der USA und – neben Russland – wohl auch der deutschen Politik zu werden? Aus Sicht der USA und des Westens besteht der Kardinalfehler der Volksrepublik darin, dass sie wirtschaftlich, sozialpolitisch und auch außenpolitisch erfolgreich ist. Sie stellt damit praktisch die Vorherrschaft des US-geführten Westens infrage. Sachlich ist das natürlich eine sehr dünne Basis, um einen Wirtschaftskrieg oder gar eine militärische Auseinandersetzung zu begründen. Deswegen laufen die westlichen Propagandaapparate auf Hochtouren, um Abhängigkeiten von China und Gefahren für die nationale Sicherheit zu imaginieren.

Gerne wird im offiziellen Diskurs und auch in den Medien der Konflikt zwischen den USA und ihren Verbündeten mit China als »Kampf der Systeme«, als Auseinandersetzung zwischen »Demokratie und Autoritarismus« dargestellt. Das ist zwar ein populäres Missverständnis, aber sachlich falsch: Denn auch bei einem Land mit einer parlamentarischen Demokratie, das ihre globale Hegemonie infrage stellt, würden die USA zu allen Mitteln greifen und den Aufsteiger in die Schranken weisen.

Hierzulande ist vergessen worden, dass Ende der 1980er-Jahre Japan eine aufsteigende Großmacht war und als der große wirtschaftliche Her-

ausforderer der USA galt. Diese steckten nach dem Ende des Vietnamkrieges in einer tiefen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise. Die fortschreitende De-Industrialisierung zerstörte die Existenzgrundlagen von Millionen Menschen, die Innenstädte zerfielen, die USA waren tief gespalten. Japanische Konzerne kauften damals große Teile von Manhattan auf, die japanischen Multis hatten höchste Börsenbewertungen. Dann zündeten die USA alle Raketen im Wirtschafts- und Währungskrieg, um Japans weiteren Aufstieg zu stoppen. Seitdem sind die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse zwischen den USA und Japan wieder geklärt. In gewisser Weise haben die USA dieses Spiel auch mit der EU und mit der bisherigen deutschen Dominanz in Europa getrieben. Der Euro ist keine Gefahr mehr für den US-Dollar. Die EU ist politisch und auch wirtschaftlich gespalten. Im Konflikt mit China geht es also nicht um den gerne beschworenen manichäischen Konflikt zwischen »Demokratie und Autoritarismus«, sondern schlicht um die US-Suprematie.

Mit China können die USA aber nicht umspringen wie mit Japan oder Europa, denn in diesem Fall bestimmen die USA nicht die Regeln. Die politische Führung der Volksrepublik hat sich allen Versuchen widersetzt, das Land in die »regelbasierte internationale Ordnung« – sprich: die wirtschaftliche Dominanz von Wall Street, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank sowie des »Washington Consensus« und die politische und militärische Dominanz des Westens – einzubeziehen. China ist seinen eigenen Weg gegangen, anstatt auf den Neoliberalismus zu setzen. Es hat staatliche Steuerung und Marktwirtschaft ziemlich erfolgreich kombiniert und ist demnächst oder heute schon die größte oder zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Hunderte Millionen Menschen wurden aus nackter Armut befreit. China will die internationalen Institutionen reformieren und neue multilaterale Regeln vorschlagen, die für alle bindend sind.

Bekanntlich haben die US-Eliten ein besonders ausgeprägtes Ego: Die USA sind das von Gott erwählte Land, das die Aufgabe hat, der ganzen Welt die Gnade der Demokratie zu bringen. Mit diesem Ego ist es nicht vereinbar, dass ein anderes Land – noch dazu China, das kein parlamentarisch-demokratisches Regierungssystem hat – die wirtschaftliche und vielleicht später auch die politische Dominanz in der Welt erreicht. Für dieses amerikanische Ego ist es auch nicht vorstellbar, dass andere große Länder gar nicht die Welt missionieren wollen. Deshalb kommt eine taiwanische Wissenschaftlerin und Politikerin in ihrer Analyse des Taiwan-Konflikts zu dem Schluss, das Ego der US-Eliten sei das größte Hindernis für eine friedliche Einigung zwischen der Volksrepublik und Taiwan.

Für viele Demonstranten auf dem Tien'anmen-Platz in Beijing im Sommer 1989 waren die USA das große Vorbild und ganz besonders für gut ausgebil-

dete junge Menschen. Die meisten jüngeren Chines*innen und auch viele Freunde von mir wollten damals in den USA studieren und arbeiten. Noch heute ist der Westen für junge Chines*innen attraktiv für eine Hochschulbildung. Und noch vor wenigen Jahren genoss gerade Deutschland wegen seiner Industrie, der Innovationen und des Kultursektors ein sehr hohes Ansehen in China. Aber der Westen und insbesondere die USA haben inzwischen ihre »systemische« Attraktivität verloren.

Kapitel 1

Wie China zum neuen Hauptfeind des Westens wurde

Eine andere Agenda als der Westen

In seinem im Frühjahr 2022 erschienenen Buch »Getting China Wrong« re-sumiert der amerikanische Politologe Aaron L. Friedberg: »Die westliche Strategie des Engagements mit China ist gescheitert. Mehr als drei Jahrzehnte Handel und Investment mit den reichen Demokratien haben China viel wohlhabender und stärker gemacht, als es ansonsten der Fall gewesen wäre. Aber trotz Wirtschaftswachstum und Entwicklung haben Chinas Herrscher ihren Griff auf die politische Macht nicht gelockert, ihre merkantilistische Wirtschaftspolitik nicht aufgegeben und die Regeln und Normen des existierenden internationalen Systems nicht akzeptiert. Im Gegenteil: Heute ist China in der Innenpolitik repressiver, in der Außenpolitik aggressiver und offensichtlich immer mehr bestrebt, sich als dominierende Weltmacht zu etablieren. Was ist schiefgelaufen?

Kurz gesagt: Die Demokratien haben die Resilienz, den Einfallsreichtum und die Rücksichtslosigkeit der chinesischen KP unterschätzt. Viel zu lange haben die USA und ihre Alliierten die Entschlossenheit der Partei, die Opposition zu zerschlagen, eine nationale Macht aufzubauen und ihre ideologischen und geopolitischen Ambitionen umzusetzen, nicht ernst genug genommen.«¹

Das Buch von Friedberg steht für viele andere Analysen im Westen und besonders in den USA, die die Enttäuschung der politischen und akademischen Eliten formulieren, dass China zwar die kapitalistischen Reformkonzepte sehr erfolgreich kopiert hat, aber sein gesellschaftliches und politisches System beibehalten und das Land damit vor dem Einfluss des westlichen Imperialismus abgeschottet hat. Den Bestseller-Autoren Mareike Ohlberg und Clive Hamilton² zufolge strebt China strategisch nach der Weltherrschaft, ohne sich zu demokratisieren und westliche Werte anzuerkennen.

Für den Westen folgten Chinas Wirtschaftsreformen in der Zeit nach Mao ökonomisch einem Rezept, das sich erkennbar an den ostasiatischen Tigerstaaten wie Malaysia, Singapur, Südkorea und Taiwan orientierte. Zudem wurden die meisten Fabriken in den neu entstehenden Freihandelszonen

¹ Aaron L. Friedberg: Getting China Wrong, New York 2022; zitiert ist ein Auszug aus dem Ankündigungstext zum Erscheinen des Buches (eigene Übersetzung).

² Clive Hamilton/Mareike Ohlberg: Die lautlose Eroberung: Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet, Berlin 2022.

in Südchina zunächst auch von Chines*innen aus Hongkong, Taiwan und Thailand aufgebaut. Die nutzten nach dem bewährten ostasiatischen Modell der Exportproduktion mit billigen Arbeitskräften jetzt die Vorteile der neuen Niedrigkosten-Produktionsbasis in der Volksrepublik. Über mehrere Jahrzehnte verzeichnete China jährlich ein zweistelliges Wirtschaftswachstum – ähnlich wie Japan nach dem Zweiten Weltkrieg oder wie Südkorea, das heute ein wohlhabendes Land ist, aber in den 1950er-Jahren ärmer war als heute manche Länder Afrikas südlich der Sahara.

Während also die ökonomischen Grundlagen des chinesischen Modells von außen übernommen und kopiert sind – so die Analyse in einem Kommentar der Financial Times (22.6.2021) –, sei die politische Entwicklung einzigartig. Anders als in Taiwan und Südkorea, wo mit zunehmendem Wohlstand die Ein-Parteien-Systeme von liberalen Demokratien abgelöst wurden, ist in China die Dominanz der KP ungebrochen. Wenn chinesische Kommentatoren von den unbestreitbaren Erfolgen ihres Entwicklungsmodells sprechen, dann weisen sie darauf hin, dass ein autoritäres System der eigenen Machart für die gesellschaftliche Entwicklung oft besser ist als die vielfach dysfunktionalen Systeme westlicher Demokratien, die von den Macht- und Geldeliten kontrolliert werden. Aber China will sein System nicht exportieren, sondern in erster Linie Geschäfte machen. Die Außenpolitik basiert auf der konsequenten Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Gelegentlicher Revolutionsexport wie zu Maos Zeiten ist längst passé. Militärische Interventionen und »Regime Change« nach dem Muster der US-Außenpolitik gehören nicht zum Werkzeugkasten der von der Regierung verfolgten internationalen Politik.

Aber gleichzeitig stellt China durch seine Größe und seine wirtschaftliche Macht die weltpolitische Umgebung infrage, die den Hintergrund für den Aufstieg Ostasiens bildete. Denn die sogenannten Tigerstaaten waren allesamt Verbündete der USA. Im Kontext des Kalten Krieges mit der Sowjetunion sahen die USA den Vorteil, ihren riesigen Markt für die Exporte der ostasiatischen Verbündeten zu öffnen. Dabei tolerierten die USA deren protektionistische Praktiken, auch wenn der wirtschaftliche Aufstieg ihrer dortigen Verbündeten in den USA manchmal Panik verursachte. Etwa in den 1990er-Jahren, als die japanischen Autokonzern den US-Markt aufrollten und japanische Kapitalgruppen wertvolle Immobilien in New York aufkauften. Aber Japan war eine verbündete Macht und hat ebenfalls ein demokratisches Herrschaftssystem. In den ersten Jahrzehnten von Chinas Aufstieg war es deshalb Konsens in den USA, dass sich auch dieses Land wie die anderen in Ostasien mit zunehmendem Wohlstand politisch liberalisieren werde. Die USA begleiteten Chinas Aufstieg zunächst wohlwollend.

Neue Kriegserzählung: Demokratie versus Autoritarismus

Diese Haltung hat sich geändert. Heute sind die USA auf dem Kriegspfad gegen China. Das Narrativ für den kommenden Krieg lautet: Es gehe um die Verteidigung der Demokratie gegen den Autoritarismus. 2020 sprach der damalige US-Außenminister Mike Pompeo von der »korrupten, totalitären Ideologie« der KP Chinas; man solle das chinesische Volk zu einem Umsturz befähigen. US-Präsident Joe Biden erklärt immer wieder, dass die USA und China sich in einem ideologischen und politischen Kampf um das Modell für das 21. Jahrhundert befinden – Demokratie versus Autoritarismus.

Über 70 Jahre lang, seit dem Zweiten Weltkrieg, waren die USA die weltweit dominierende und wirtschaftlich und technologisch führende Supermacht, aber bis 1989 noch verwickelt in den Kalten Krieg, in die Systemauseinandersetzung mit dem von der Sowjetunion geführten Block. Dessen Zusammenbruch und Zerfall interpretierten die US-Eliten deshalb als das »Ende der Geschichte«, als Beweis der historischen Überlegenheit des Westens mit seinem politischen und wirtschaftlichen System und mit seinen Werten. Es war der Triumph der unipolaren Weltordnung unter amerikanischer Führung.

Mit Chinas Aufstieg sehen sich die USA erstmals seit vielen Jahrzehnten fundamental herausgefordert und in ihrem Exzeptionalismus als unumstrittene wirtschaftliche, technologische und kulturelle Führungsmacht bedroht. Deshalb hatte schon US-Präsident Barack Obama in seiner Amtszeit (2008–2016) den neuen Fokus der US-Weltpolitik auf Asien nach dem Ende des Kalten Krieges verkündet. Diese US-Neuorientierung blieb aber Stückwerk. Erst danach begann Donald Trump unter der Parole »Make America great again!« begleitet von viel Getöse einen offenen Feldzug gegen China. Er verhängte Zölle von bis zu 20% auf viele Importgüter, was an Chinas riesigen Handelsüberschüssen mit den USA wenig änderte. Er setzte zudem Wirtschaftssanktionen gegen chinesische Technologiekonzerne durch, die von Hardware und Software aus den USA und den Märkten im Westen abgeschnitten werden sollten. Insbesondere Huawei als weltweit führender Ausrüster für 5G-Mobilfunknetze stand im Fokus. US-Alliierte wie Australien, Großbritannien und Kanada schlossen sich dem Boykott von Huawei-5G-Ausrüstung an – mit nie belegten Behauptungen über angebliche Hintertüren in der verwendeten Technologie für chinesische Spionage. Zudem lancierte die Trump-Administration den Versuch, die weltweit erfolgreiche chinesische Internet-Plattform TikTok unter US-Kontrolle zu bekommen. Schließlich begannen die USA mit dem Ausschluss chinesischer Konzerne von den US-Kapitalmärkten und den US-Börsen.

Anders als manche in China gehofft hatten, nahm US-Präsident Biden keine der von der Trump-Administration verhängten Maßnahmen zurück.

Im Gegenteil: Mit neuen Gesetzen hat die Biden-Administration nachgelegt. Nach aktuellen Analysen (Economist, 28.7.2022) sind die Zölle und Sanktionen gegen China noch schärfer gestellt worden. Vorschläge von Demokraten, Biden solle mit Rücksicht auf innenpolitische Entwicklungen einige inflationstreibende Zölle auf Produkte aus China kassieren, führten zu nichts. Denn längst hat sich in den USA eine Allparteienkoalition gegen China etabliert, Nachgeben wird als Schwäche interpretiert. Das zeigte im August 2022 auch der Taiwan-Besuch von Nancy Pelosi, die damals als Sprecherin des US-Abgeordnetenhauses das dritthöchste Staatsamt in den USA bekleidete.

Die Rivalität der USA gegen China wird die US-Politik und damit die Weltpolitik für die nächsten Jahre und vermutlich Jahrzehnte bestimmen. Dass die asiatische Großmacht nicht an die Stelle der USA rücken und zur dominierenden Weltmacht werden darf, ist das Credo der US-Politik. Deswegen werden die USA als atlantische und zugleich pazifische Macht versuchen, den weiteren Aufstieg Chinas mit allen Mitteln zu blockieren.

Das zentrale Argument der US-Regierung und der US-Eliten von der Ostküste bis zur Westküste ist natürlich nicht der mögliche Verlust der US-Hegemonie und der gewaltigen wirtschaftlichen Vorteile der US-Vormachtstellung, sondern die angebliche Bedrohung, die von China für die nationale Sicherheit der USA ausgeht. Das aber ist schlicht Unfug. Chas Freeman, früherer US-Diplomat und u. a. Botschafter in Saudi-Arabien, bezeichnete in einem Interview³ die China-Phobie der US-Eliten als ein in erster Linie psychologisches Problem. Denn seit Ende des vorletzten Jahrhunderts galten die USA als das reichste, technisch führende und kulturell einflussreichste Land auf dem Planeten. »Jetzt überholt uns China, und deshalb gibt es ein psychologisches Problem.« Die China-Politik der USA könne besser psychologisch als durch Staatskunst erklärt werden. »China bedroht Amerikas wirtschaftliche Vormachtstellung und hat uns schon auf vielen Gebieten überholt [...] China ist technologisch hoch innovativ. Ein Viertel aller Naturwissenschaftler, Ingenieure und Mathematiker auf der Welt sind Chinesen, und der Anteil wächst. In einigen Jahren wird China mehr MINT-Fachkräfte⁴ haben als alle OECD-Länder (USA, Westeuropa, Japan) zusammen [...] Das ist definitiv eine Herausforderung. Es ist eine andere Frage, ob das auch eine Bedrohung ist. Wir haben uns entschieden, China als Bedrohung für die nationale Sicherheit, als militärische Bedrohung zu identifizieren. Das ist jedenfalls

³ Der Diplomat Chas Freeman war Hauptübersetzer bei Richard Nixons erstem Chinesenbesuch 1972, der zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA führte. Das Interview mit ihm ist veröffentlicht unter: thegrayzone.com/2020/12/25/veteran-diplomat-us-confronts-china-to-protect-supremacy-not-security/.

⁴ Die Abkürzung MINT steht im Deutschen für Mathematiker, Ingenieure, Naturwissenschaftler, Techniker.

sehr gut für unseren militärisch-industriellen Komplex [...] Aber wir haben keinerlei Strategie, wie wir den Wettbewerb mit China eingrenzen können [...] Wir haben einen Handelskrieg gestartet, der sehr schnell auf alle anderen Beziehungen mit China metastasiert ist. Und jetzt stehen wir vor einem Krieg um Taiwan. Bislang haben wir noch niemals einen Krieg gegen eine Nuklearmacht um ihre territoriale Integrität und Souveränität geführt.«

Zur großen Koalition gegen die Volksrepublik gehören die Vertreter des Dogmas freier Märkte, konservative und neoliberale Thinktanks wie die Heritage Foundation und das American Enterprise Institute. Diese Verfechter des freien Handels haben plötzlich kein Problem mehr damit, wenn die US-Regierung protektionistisch in die weltweiten Handelsflüsse eingreift und globale Lieferketten unterbricht. Der Präsident der Heritage Foundation erklärte, man werde beim Verfassen von Bundes- und Bundesstaatsgesetzen helfen, damit in China engagierte US-Unternehmen keine staatliche Unterstützung mehr bekommen.

Geplant ist zudem ein Vorgehen gegen die Wall-Street-Finanzkonzerne wie BlackRock, Goldman Sachs oder JP Morgan, die seit der Öffnung der chinesischen Finanzmärkte 2020 einen neuen Goldrausch wittern und ausländische Finanzinvestitionen in China auf ein Allzeithoch getrieben haben. Bis Ende 2022 gab es innerhalb der US-Administration keine Einigung, ob und wie man der Wall Street Daumenschrauben bei weiteren Investitionen in China anlegen sollte, das Handels- und das Finanzministerium waren dagegen. (Politico, 3.7.2022)

Die totale Abkopplung von China ist der logische Endpunkt dieser Initiativen. In dem »11-Punkte-Plan zur Rettung Amerikas« des republikanischen Senators Rick Scott heißt es im letzten Punkt: »Wir werden schrittweise alle Importe aus dem kommunistischen China stoppen, bis eine neue Regierung die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten akzeptiert.« Der republikanische Senator Marco Rubio suchte Ende 2022 Verbündete für seinen Entwurf eines »American Financial Markets Integrity and Security Act« angesichts des »strategischen Desasters«, dass US-Kapital in nie da gewesen Höhen nach China strömte. (Financial Times 22.3.2022)

Die Blockade des weiteren Aufstiegs Chinas ist keine realistische Option. Das Land ist erfolgreich, hat einen dynamischen Technologiesektor mit hoher Innovationskraft, eine riesige Bevölkerung und ein funktionierendes politisches und administratives System. International ist die chinesische Ökonomie hoch integriert. Das macht China einerseits verletzlich, aber gleichzeitig hoch attraktiv für alle anderen Volkswirtschaften auf dem Globus, eine weitgehende Abkopplung ist auch mittelfristig nicht realisierbar.

Zudem ist der Westen selbst verantwortlich für seinen relativen Abstieg gegenüber China. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Fall der Mauer

1989ff. machten Europas liberale Internationalisten gemeinsame Sache mit den Neokonservativen der USA. Mit dem Aufruf zum Kampf zwischen Autoritarismus und Demokratie machen die Eliten im Westen den nächsten Fehler: China als Herausforderer der bestehenden Ordnung zu definieren, ist eine Selbsttäuschung. Denn der Westen hat seine zunehmend schwächere Position selbst verschuldet: sinnlose Kriege in vielen Erdteilen, die Finanzkrise 2008 im Westen und damit das Scheitern der westlichen Laissez-Faire-Ökonomien als geopolitischer Schock, die Aushöhlung der westlichen Demokratien etc. Die Bedrohungen für die westlichen Gesellschaften und Werte kommen nicht von China, sondern von den eigenen Eliten, die sich nicht an demokratische Normen halten und sich den gesellschaftlichen Mehrwert aneignen.

Kriegsschauplätze: Chips, Finanzsektor, Menschenrechte

Trump begann 2018 den Wirtschaftskrieg gegen China mit der Verhängung von Zöllen von 7,5% bis 25% auf bestimmte Warenimporte. Chinesische IT-Produkte sind seitdem mit den höchsten Zöllen belegt. Nach vier Jahren Zollkrieg kann Washington Erfolge vermelden: Chinas Anteil an den gesamten Importen in die USA fiel von 2018 bis 2022 von 21% auf 17%. Fast die Hälfte aller US-Importe aus Asien kam noch vor wenigen Jahren aus China, jetzt liegt dessen Anteil nur noch bei etwas mehr als einem Drittel. Der Rückgang betraf vor allem die mit den höchsten Zöllen belegten Produkte: Der Anteil an den IT-Importen fiel von 16% auf 10% (Economist, 12.11.2022).

Die Realität ist allerdings differenzierter, als die Strategen des US-Handelskriegs verkünden, denn gleichzeitig wuchs Chinas Anteil bei den nicht von US-Zöllen erfassten Importgütern in die USA von 36% auf 39%. Ausweislich der chinesischen Exportstatistik entspricht der 2%-Rückgang des Anteils der USA an den Exporten aus China exakt dem Anstieg der chinesischen Exporte in die Volkswirtschaften Südostasiens wie Indonesien, Malaysia, Philippinen und Vietnam. Diese Länder agieren zunehmend als Zwischenhändler zwischen China und den reichen Ländern. Damit verlagern sich Lieferketten und werden zunehmend komplexer. Die von westlichen Politikern und von der EU gerne beschworene Entwicklung neuer Lieferketten um Lateinamerika und Afrika allerdings bleibt ein ferner Traum.

Die Ergebnisse des US-Zollkriegs gegen Chinas Exporte sind also gemischt, denn sie haben durch höhere Preise direkt die Konsument*innen in Amerika getroffen. Deswegen hat die US-Regierung den Handelskrieg mit Zöllen nicht noch weiter verschärft, sondern nach dem Modell des Feldzuges gegen Huawei auf den Krieg um die Dominanz bei den Zukunftstechno-

logien verlagert und ausgeweitet. In einem Wirtschaftskrieg geht es darum, die Wirtschaft des Gegners genau da zu treffen, wo sie besonders empfindlich und verwundbar ist. Das ist im Falle von China neben dem Finanzsektor vor allem die Abhängigkeit von Halbleiterimporten. Denn das Land baut zwar die eigene Chipindustrie aus, die Produktion reicht aber noch nicht für den eigenen Bedarf. Etwa die Hälfte der globalen Halbleiterproduktion wird in China verarbeitet. Das extrem von Energieimporten abhängige Land zahlt mehr für Chipimporte als für Öl und Gas.

Im Oktober 2022, etwa zeitgleich mit der Veröffentlichung der neuen National Security Strategy durch die US-Regierung, verhängte eine Abteilung des US-Handelsministeriums die bislang weitreichendsten Sanktionen gegen Chinas Technologiesektor. Künftig dürfen modernste Halbleiter mit einer Strukturbreite von 18 Nanometern und weniger nur noch mit offizieller Genehmigung durch US-Behörden nach China exportiert werden. Damit setzt Präsident Biden den Wirtschaftskrieg gegen China fort und verschärft ihn. Man geht jetzt taktisch geschickter vor, indem Bündnisse gesucht werden. Bidens Team gilt als disziplinierter und systematischer als Trumps Falken, die Konflikte mit China vom Zaun brachen, aber zu wenig Wirkung erzielten.

Entsprechend der amerikanischen Rechtsauffassung von der universellen Geltung des US-Rechts sind von der neuen Verordnung Chip-Hersteller aus der ganzen Welt betroffen, sofern in deren Entwicklung bzw. Fabrikation auch Komponenten oder Software aus den USA eingesetzt werden, was angesichts der globalen Vernetzung der Lieferketten der Halbleiterindustrie sehr wahrscheinlich ist. Also ist auch Europas Halbleiterindustrie betroffen. Zudem zielt die neue US-Verordnung auf die hoch spezialisierten Maschinenbauer für die Chipindustrie.

Das zentrale Problem der USA ist die überwältigende Dominanz von Ostasien und Chinas bei der Chipfertigung. 2021 entfielen über 70% der globalen Halbleiterproduktion auf Ostasien, davon wiederum die Hälfte auf China. Auch hinter dem von Biden schon im Sommer 2022 unterzeichneten »Chip and Science Act« steht die Angst vor China. Mit diesem Gesetz will die Regierung die USA wieder zu einem Zentrum der Chip-Herstellung machen – wie vor über 50 Jahren, als im Silicon Valley in Kalifornien die ersten Halbleiterwerke entstanden. Mit insgesamt etwa 280 Mrd. US-Dollar werden Unternehmen subventioniert, wenn sie in den USA Werke für Chips mit Leiterbahnen von unter 28 Nanometern bauen.

Dieses Gesetz soll nicht nur die jahrzehntelangen Verlagerungsprozesse der Chipproduktion nach Ostasien umkehren. Es ist direkt gegen China gerichtet: Unternehmen, die US-Subventionen erhalten, dürfen zehn Jahre lang keine »bedeutenden Transaktionen« mehr mit China oder anderen Ländern, die »für die USA von Belang sind«, tätigen und dort nicht in fortschrittliche

Chips investieren. Diese Leitplanken-Bestimmungen verdeutlichen die strategische Besorgnis der USA. Bislang hat China auf diese neuen US-Angriffe nicht mit expliziten Gegenmaßnahmen reagiert. Auch wenn der chinesische KP-Chef und Staatspräsident Xi Jinping in seinem Bericht auf dem 20. Parteitag von den Bedrohungen für Chinas nationale Sicherheit sprach, weil sie den weiteren Aufstieg sabotieren, dokumentieren die Ergebnisse des Parteitags keine größeren außen- und sicherheitspolitischen Veränderungen.

Aus chinesischer Sicht ist der US-Protektionismus für die Chipindustrie von der Mentalität des Kalten Krieges geprägt. Das Gesetz sei fehlerhaft, weil es der industriellen Entwicklung zuwiderlaufe. Gleichzeitig berühre es nicht die Kernprobleme der Abwanderung der amerikanischen Industrie. Es gehe zudem von der falschen Prämisse aus, ohne die Hilfe von US-Unternehmen und ohne deren Technologien könnten China und andere Länder in der Halbleiterindustrie niemals aufholen. Die Chip-Gesetze seien ein egoistisches Projekt, um eine hoch profitable Industrie weiter kontrollieren und die Position der USA in den globalen Lieferketten verbessern zu wollen. Diese Kritik aus China wird übrigens in Europa geteilt.

Da die USA mit dem US-Dollar als Weltwährung immer noch die weltweit vernetzten Finanzmärkte kontrollieren, ist der Finanzsektor ein weiterer Schauplatz des US-Wirtschaftskrieges gegen China. Mit der drastischen Erhöhung der Leitzinsen durch die Notenbank, die Schockwellen durch die Welt geschickt und vor allem die Finanzen der Länder des globalen Südens unter Druck gesetzt hat, hat der US-Dollar erneut seine führende Rolle als Zahlungsmittel, als Reservewährung für die globalen Kapitalmärkte und als »sicherer Hafen« für die Kapitalanleger unter Beweis gestellt. Immer noch werden die meisten Finanztransaktionen in Dollar fakturiert, die prognostizierte Ablösung des US-Dollars als Weltwährung durch einen Korb von mehreren, weltweit akzeptierten Währungen wie den Euro oder den chinesischen Yuan hat bislang nicht stattgefunden. Die Verschiebungen etwa vom US-Dollar zum Euro sind seit dessen Einführung im Jahr 2002 gering. Und China ist zwar seit Langem weltgrößte Handelsmacht, aber die meisten der Export- und Importgeschäfte werden immer noch in US-Dollar abgewickelt.

All dies hat in China nicht erst seit den westlichen Finanzsanktionen gegen Russland die Alarmglocken klingeln lassen. Mit einem Federstrich hat der »Wertewesten« unter Führung der USA im Frühjahr 2022 die im Westen gehaltenen Dollarreserven der russischen Staatsbank faktisch enteignet, und die russischen Banken und Finanzinstitute aus dem globalen Zahlungssystem SWIFT geschmissen. Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze verglich das Vorgehen mit dem Einsatz einer Neutronenbombe.⁵ »Das

⁵ Interview mit Adam Tooze in der Süddeutschen Zeitung, 11.3.2022.

ist einmalig in der Geschichte, führt zu einer sofortigen Krise. Wir haben die russischen Krisenreserven als Waffen benutzt.«

China als »Fabrik der Welt« und als weltgrößter Exporteur ist nach Jahrzehnten riesiger Handelsüberschüsse im bilateralen Handel der größte Gläubiger der USA mit Währungsreserven von fast zwei Billionen (= 2.000 Mrd.) US-Dollar. Die werden nicht alle in Peking gebunkert, sondern sind bei der US-Notenbank und bei anderen Zentralbanken deponiert. Nach dem Einsatz der »finanziellen Neutronenbombe« des Westens gegen Russland sollen die chinesische Zentralbank, deren Finanzbehörden und Regierung ähnliche Angriffe des Westens gegen China, also einen Finanzkrieg der USA gegen China, simuliert haben. Denn es ginge in diesem Fall um den Raub von Vermögen und den Gegenwert für die Produkte der Arbeit von hunderten Millionen Chines*innen, die durch ihre vergleichsweise billige Arbeit den Lebensstandard auch der einfachen US-Bürger*innen im Mittleren Westen der USA ermöglicht haben.

Dass die Gefahren eines Finanzschlages der USA gegen China durchaus real sind, zeigen die Entwicklungen auf dem überhitzten chinesischen Immobilienmarkt. Seit mehreren Jahren fallen die Immobilienpreise, die Bautätigkeit ist massiv eingebrochen. Weil aber ca. 75% der privaten Ersparnisse der Chines*innen in Immobilien stecken und weil über 90% der Haushalte Immobilieneigentum haben, weil zudem die chinesische Wirtschaft stark am Bausektor hängt, stellt die Immobilienkrise ein enormes gesellschaftliches und politisches Problem dar. Seit zwei Jahren versucht die Regierung, aus dem überhitzten Immobilienmarkt langsam und vorsichtig die Luft abzulassen. Verschiedene große Immobilienkonzerne, die bislang auf Pump Land zur Immobilienspekulation kauften und dann von den Wohnungskäufern Geld für Wohnungen kassierten, die nur in Hochglanzprospekten existierten, sind inzwischen faktisch pleite.

Hier kommen die Zinsanhebungen der US-Notenbank ins Spiel. Denn ein Großteil der Kredite und Schuldscheine der chinesischen Immobilienentwickler sind in US-Dollar denominiert. Sie müssen also auch in US-Dollar bedient und zurückgezahlt werden. Aber ein US-Dollar kostet plötzlich deutlich mehr, weil der Yuan gegenüber dem US-Dollar gefallen ist. Der deutsche Börsenmakler und Anlegerguru Dirk Müller mutmaßte im Herbst 2022, dass die drastischen Leitzinserhöhungen der US-Notenbank nicht nur von der US-Binneninflation motiviert seien, sondern dass sie letztlich Chinas Wirtschaft »ausknipsen« und den wirtschaftlich den USA mindestens ebenbürtigen Konkurrenten um viele Jahre zurückwerfen sollen. Es wäre der Versuch, mit der Waffe US-Dollar Chinas derzeit vermutlich größte wirtschaftliche Schwachstelle auszunutzen, und darauf zu setzen, dass ein Dominostein nach dem anderen fällt und der gesamte chinesische Finanz- und Bankensektor kolla-

biert. Sollte dieses Kalkül im Wirtschaftskrieg funktionieren, wäre der wirtschaftliche und gesellschaftliche Schaden für China unabsehbar.

Nach Angaben des US-Online-Magazins Politico (2.7.2022) war die US-Regierung zu diesem Zeitpunkt noch immer uneins darüber, ob auch die US-Auslandsinvestitionen und die riesigen Kapitalflüsse von der Wall Street nach China kontrolliert und am besten unterbunden werden sollen. Insbesondere das Handels- und das Finanzministerium waren dagegen. Dieselbe Frontstellung gab es schon in der Trump-Administration: Der damalige Handelsminister Steven Mnuchin verhinderte Sanktionen gegen die Interessen der Wall Street.

Auch die Menschenrechte lassen sich wunderbar als Waffe im Wirtschaftskrieg einsetzen. Der US-Kongress verabschiedete im Juli 2022 ein Gesetz gegen angebliche Zwangsarbeit in der chinesischen Provinz Xinjiang, den »Uyghur Forced Labor Prevention Act (UFLPA)«. Unter dem Vorwand des Kampfes für Menschenrechte und gegen Zwangsarbeit muss künftig für jeden (!) US-Import, der aus China kommt, proaktiv nachgewiesen werden, dass in den Produkten oder deren Vorprodukten keine Teile oder Vorprodukte enthalten sind, die unter Zwangsarbeit in Xinjiang entstanden sind.⁶ Faktisch gilt der Bann damit für alle Produkte und Vorprodukte aus dieser Provinz. Die Nachweispflicht liegt bei den Importeuren.⁷ Das Gesetz stellt jahrzehntelang aufgebaute Lieferketten auf den Kopf. Logistikexperten aus Vietnam, Bangladesch und Norwegen oder aus multinationalen Unternehmen befürchten extreme Auswirkungen auf etablierte Lieferbeziehungen, die schon durch die Corona-Pandemie der letzten Jahre und die harten chinesischen Lockdowns strapaziert waren. Für die Unternehmen ist die Nachweispflicht fast unmöglich, denn jeder Schritt muss dokumentiert werden.

Produkte aus Xinjiang werden in mehr als 170 Länder verkauft, für die meisten Produkte wie Baumwolle oder Polysilizium als Rohmaterial für Solarpaneele gibt es keine oder keine kostengünstigen Alternativen. Bangladesch als zweitgrößter Produzent von Textilien importiert derzeit 60 bis 70%

⁶ Belege für massenhafte Zwangsarbeit in Xinjiang sind dürftig, aber dominieren die Mainstream-Medien im Westen. Hauptquelle ist ein deutscher Evangelikaler, der in den USA für einen ultrakonservativen (CIA-finanzierten?) Thinktank arbeitet und dessen letzter propagandistischer Coup die Veröffentlichung von Bildern von 2018 (!) von Arbeitslagern anlässlich des Xinjiang-Besuches 2022 der UN-Menschenrechtsbeauftragten Bachelet war. Noch 2017 hatte der Uigurische Weltkongress geklagt, bei der Baumwollernte in Xinjiang würden Han-Chinesen über tausende Kilometer zur Ernte angekartt, statt Uiguren zur Ernte einzusetzen. 2021 beklagte die gleiche Organisation Zwangsarbeit bei der Baumwollernte.

⁷ Global Times, 2/8/22, unter: www.globaltimes.cn/page/202208/1271917.shtml (letzter Abruf: 23.3.20213).

seiner Garne und Stoffe aus China. Die Volksrepublik ist weltgrößter Produzent von Textilien und Bekleidung mit einem Weltmarktanteil von etwa 40% und ein großer Exporteur von Vorprodukten. Vietnams Textilindustrie bezieht mehr als 50% des Baumwollgarns und über 60% seiner Baumwollstoffe vor dort. Über 85% der chinesischen Baumwollproduktion kommt aus Xinjiang. Nur China hat in Asien komplette Produktions- und Lieferketten für Qualitätsbaumwollgarne und andere Stoffe. Der unvermeidliche Effekt des US-Gesetzes wird also ein weltweiter Preisanstieg bei Textilien sein.

Ein weiterer Effekt des US-Gesetzes gegen angebliche Zwangsarbeit in Xinjiang ist die Verknappung und damit Verteuerung wichtiger Rohstoffe und Komponenten für den Umstieg auf Solartechnologien. China dominiert seit langem die Produktion von Solarpaneelen, nach Angaben der Internationalen Energieagentur IEA wird sein Weltmarktanteil demnächst auf über 90% steigen. Allein in Xinjiang wird über die Hälfte des chinesischen Polysiliziums produziert, des wichtigsten Rohstoffes für die Paneele. Nach Daten von Bernreuter Research sitzen sieben der zehn weltgrößten Produzenten von Polysilizium in China (die anderen in den USA, Deutschland und Südkorea). Fünf der chinesischen Hersteller sind von den USA inzwischen sanktioniert. Nach einem Bericht der IEA vom 22.7.2022 liegen die Produktionskosten für Solarpaneele in China um 35% niedriger als in Europa, 20% niedriger als in den USA und 10% niedriger als in Indien.

Der Feldzug der USA gegen angebliche Zwangsarbeit in Xinjiang ist für die Weltwirtschaft kontraproduktiv. In den USA, Deutschland und anderswo gibt es viele Millionen arme Menschen, deren Lebensstandard durch die Verteuerung chinesischer (Vor-)Produkte sinkt. Und an den Lieferketten der Textilindustrie hängen vor allem weniger entwickelte Länder im globalen Süden, die durch die US-Sanktionen Absatzeinbrüche und den Verlust von Arbeitsplätzen befürchten müssen. Angesichts des Klimawandels und des riesigen weltweiten Nachholbedarfs beim Ausbau der erneuerbaren Energien erscheinen die Sanktionen gegen Chinas global führende Solarbranche geradezu als Programm, den Klimawandel weiter zu beschleunigen.

Vom Wirtschaftskrieg zum »heißen« Krieg?

Die gegen China gerichteten US-Gesetze, die verschärften Wirtschaftssanktionen und die verstärkten Bündnisanstrengungen der USA zielen letztlich darauf, einen offenen Krieg gegen China vorzubereiten, und zwar eher früher als später. Langes Zuwarten ist für die USA keine Option, denn Chinas Aufstieg zur führenden Wirtschaftsmacht wird weitergehen, trotz der Wirtschaftseinbrüche während des Covid-Lockdowns und trotz der US-Sankti-

onen. Chinas Militärmacht wird weiter wachsen, auch wenn es noch Jahrzehnte militärisch mit den USA nicht mithalten kann.

Ein Kommentator der Financial Times (23.6.2021) sah in China wieder einen ebenbürtigen Gegner. Weder Al-Qaida noch die Taliban hätten die USA jemals als Weltmacht herausgefordert, sie waren nie ein Modell für Wachstum und für eine akzeptable gesellschaftliche Ordnung. Indem man sich vom Nahen und Mittleren Osten abwendet und auf China konzentriert, hätte man wieder einen historisch formidablen Gegner. Ein kommender Krieg gegen China wäre für die USA eine Art Erlösung, denn ein solcher Feldzug entspräche den technischen Stärken und den psychischen Erfordernissen.

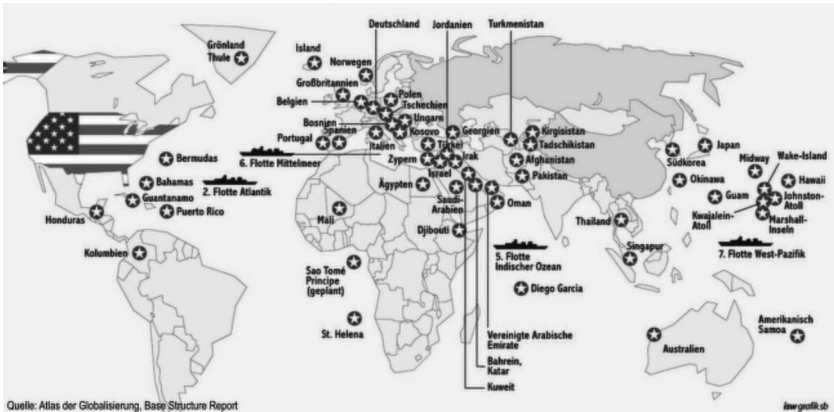
Wie die Geschichte zeige, hätte Amerika ein Talent für Großmachtspolitik. Historisch sind die USA in irregulären Konflikten gegen nicht-staatliche Gegner meist gescheitert. Für sie sind Konflikte vor allem Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Washingtons Begeisterung für den Konflikt mit China sei nicht nur die klarsichtige Wahrnehmung eines realen Gegners. Es sei die Erleichterung der regierenden Eliten in den USA, dass sie sich wieder in vertrautem Terrain bewegen. Großmacht-Strategie als eine Art Befreiung gegenüber den Kriegen der USA der letzten 20 Jahre.

Es sei nicht nur Jubel der Admiräle und Generäle, die neue Ära des Kriegs gegen China habe auch das Potenzial, die Widersprüche an der US-Heimfront zu überdecken, den Kollaps des nationalen Zusammenhalts, der zeitweilig in den Jahren nach dem 11. September 2001 entstanden war. In einer Nation wie den USA, die sich immer gegenüber einem anderen definiert haben, könne der Konflikt oder gar Krieg mit China mit einer viermal größeren Bevölkerung diesen inneren Zusammenhalt bewirken.

Das US-Militär bereitet den Krieg gegen China längst aktiv vor. Dabei nutzen die US-Generäle auch ihre Erfahrungen aus dem Stellvertreterkrieg, den sie in der Ukraine gegen Russland führen. In einem bemerkenswert freimütigen Interview mit der Financial Times (8.1.2023) erklärte James Bierman, kommandierender General des US-Marinekorps in Japan: »Wie haben wir den Erfolg in der Ukraine erreicht? Vor allem weil wir nach der russischen Aggression 2014 und 2015 ernsthaft den kommenden Konflikt vorbereitet haben: Training für die Ukrainer, vorsorgliche Lagerung von Nachschub und die Festlegung von Positionen, von denen aus wir die Unterstützung organisieren und die militärischen Operationen aufrechterhalten können. Wir nennen das ›theatre setting‹ (gemeint ist: den Kriegsschauplatz vorbereiten). Und genau das tun wir jetzt in Japan, auf den Philippinen und anderswo.«

Die USA und ihre Alliierten, insbesondere Japan, treffen bereits die nötigen Vorbereitungen für einen militärischen Konflikt mit China. Zusätzlich zu den fünf US-Basen auf den Philippinen kommen weitere fünf für die Lagerung von Waffen und für den logistischen Nachschub bei einem Konflikt.

Abb. 1: US-Militärstützpunkte in über 50 Ländern



Quelle: Atlas der Globalisierung, Base Structure Report

imgreflib

Quelle: taz-Atlas der Globalisierung; ISW

Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg haben die USA und Japan einheitliche Kommandostrukturen und integrierte Verbände für den Krieg gegen China geschaffen. Die japanische Regierung hat ihre frühere, von der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg geprägte Militärdoktrin der reinen Selbstverteidigung längst aufgegeben und will seine Militärausgaben verdoppeln. Dazu gehört auch die Anschaffung von Rakensystemen, die das chinesische Festland treffen können. »Dadurch bekommen wir einen Ansatzpunkt, eine Operationsbasis, die uns einen enormen Startvorteil in unterschiedlichsten Szenarien gibt. Wenn wir uns mit dem chinesischen Feind messen müssen, der die Startpistole zieht und mit den Feindseligkeiten beginnt [...] können wir die Schlüsselstellungen und Gebiete definieren, die unbedingt gehalten und verteidigt werden müssen.«

Nach den meisten Szenarien geht es im kommenden Krieg der USA und der NATO gegen China um einen Seekrieg. Viele US-Strategen halten eine Seeblockade Taiwans durch die chinesische Armee für wahrscheinlicher als eine direkte Invasion auf der Insel.

Der Begriff »Indo-Pazifik« ist das neue geflügelte Wort der Geostrategen in Washington und anderswo im Westen inklusive der US-Verbündeten Australien, Japan und Südkorea. Es geht im Kern um die Kontrolle der beiden großen Ozeane, die die Wirtschaftszentren in Ostasien mit dem aufstrebenden Südasien inklusive Indien, dem Nahen Osten und Afrika verbinden. Die Seewege, über die der weitaus größte Teil des Welthandels und 80% des chinesischen Außenhandels abgewickelt wird, sind Teil dieses Konzepts. Erstmals erläuterte der frühere und inzwischen verstorbene japanische Minister-

präsident Shinzō Abe auf einem Gipfeltreffen 2016 mit afrikanischen Staaten die Idee von einem »Freien und offenen Indo-Pazifik«. US-Präsident Biden knüpfte daran an und propagierte ein »Indo-Pacific Economic Framework«. Der gemeinsame Hauptfeind in diesen geopolitischen Indo-Pazifik-Konzepten der US- und der japanischen Eliten ist China, längst der wichtigste Handelspartner rund um den Indischen Ozean und den Pazifik.

Allerdings ist über Presseerklärungen hinaus aus diesen Initiativen nicht viel geworden. Das liegt vor allem daran, dass die USA jenseits von militärischer und politischer Zusammenarbeit wenig zu bieten haben. Kein US-Präsident kann neue Verträge für freien Handel seiner Klientel verkaufen. Dabei wollen die Länder am Indischen Ozean und am Pazifik, wo der größte Teil der Erdbevölkerung lebt, in erster Linie einen besseren Zugang zum amerikanischen Markt und gleichzeitig ihre Wirtschaftsbeziehungen zu China halten (Economist, 7.1.2023).

Chinas Ambitionen: Multipolarität

Auch in den USA gibt es erfahrene Experten, Politiker und Diplomaten mit Kenntnis der Geschichte und der Hintergründe, die den aggressiven Anti-China-Kurs der vergangenen und der jetzigen Regierung nicht teilen. Zu ihnen gehört Chas Freeman, früherer US-Diplomat, u.a. Botschafter in Saudi-Arabien und Übersetzer 1972 beim ersten Treffen zwischen US-Präsident Nixon und Mao Zedong, das die spätere Aufnahme der sino-amerikanischen Beziehungen einleitete. Er fragt sich: »Warum müssen wir uns den Kopf zerbrechen über die Gefahr eines militärischen Konflikts zwischen USA und China? Washington könnte seine Beziehungen zu Taipeh aufwerten, die Verpflichtung der Vereinigten Staaten auf eine Ein-China-Politik in Frage stellen, oder auf andere Weise seinen Kurs in dieser für den chinesischen Nationalismus heikelsten Frage ändern [...] Ein zweiter Grund könnte relevant werden: Während sich Washington hartnäckig von der Vorstellung leiten lässt, die Vereinigten Staaten könnten Chinas Peripherie dauerhaft beherrschen, verliert diese Vorstellung in Asien stetig an Glaubwürdigkeit. Amerikas Macht befindet sich sichtlich im Niedergang, und dies nicht allein im Verhältnis zu China [...] Alle Anzeichen sprechen dafür, dass beide Trends sich beschleunigen werden. Sie sind Ausdruck neuer Realitäten, die sich durch gesteigerte US-Militärausgaben nicht ändern, geschweige denn umkehren lassen [...] China kann für die sieben Jahrzehnte seit der Gründung der Volksrepublik eine Bilanz strategischer Vorsicht vorweisen, die zeigt, dass es Fragen der Nationalen Sicherheit lieber diplomatisch [...] als mit kriegerischen Mitteln löst. Peking bevorzugt zu seinem Selbstschutz eindeutig nichtkriegerische

Maßnahmen. Es hat aber auch gezeigt, dass es zur Verteidigung der Grenzen und der strategischen Interessen Chinas durchaus bereit ist, Krieg zu führen. In jenen Fällen, in denen Peking tatsächlich militärische Gewalt eingesetzt hat, geschah dies bemerkenswert zielgerichtet, entschlossen, diszipliniert, zweckbegrenzt und ohne sich über Spielregeln hinweg zu setzen.«⁸

China ist eine Großmacht. Der Westen versucht, das aufsteigende Land als aggressive und imperialistische Macht abzustempeln. Es sei nicht nur auf dem Weg zu einer neuen Supermacht, es wolle sein Modell auch in die ganze Welt exportieren, damit sei die freie Welt (gemeint ist der Westen) in Gefahr. Chinas Wende zu mehr Autokratie sei eine Herausforderung für die Welt – so die Kommentatoren der Financial Times (9.3.2019).

Doch welche internationalen Ambitionen lassen sich aus den politischen und ökonomischen Aktivitäten Chinas erkennen, das zweifellos eine führende Wirtschafts-, inzwischen auch politisch und militärisch eine Großmacht ist? Im Vergleich zur sozioökonomischen Situation des Landes noch vor weniger als 50 Jahren sicherlich erstaunlich, aber aufgrund des eingeschlagenen Weges sowie der Größe des Landes und seiner Bevölkerungszahl mehr oder weniger zwangsläufig. Die marktwirtschaftlichen Reformen haben eine dynamische Kapitalakkumulation in Gang gesetzt und chinesische Kapitalgruppen die nationalen Schranken der Profitproduktion hinter sich gelassen. Aber ist die Volksrepublik deswegen eine neue aggressive imperialistische Supermacht, eine Bedrohung für den Rest der Welt?

China ist eine »nach Innen« und auf wirtschaftliche Prosperität und Ressourcensicherung ausgerichtete Großmacht. Das Vorgehen in Asien lässt sich als Versuch beschreiben, das regionale Umfeld präventiv zu kontrollieren, aber vor allem zum Schutz seiner territorialen Integrität und der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist eine weitgehend defensive Einflussnahme, basierend auf engen Beziehungen zu den Nachbarländern. Weil China viel größer ist als die meisten Länder in seiner Umgebung und eine um ein Vielfaches höhere Wirtschaftskraft hat, bringt diese Einflussnahme auch Abhängigkeiten mit sich – zuvorderst ökonomische, aber auch politische. Daraus einen aggressiven chinesischen Imperialismus zu konstruieren, geht an den Realitäten vorbei. Denn die Volksrepublik hat bislang keine Versuche unternommen, sich Länder in Asien oder anderen Erdteilen gefügig zu machen, also etwa Regimewechsel zu inszenieren. Der einzige Militärstützpunkt außerhalb des Landes im afrikanischen Dschibuti dient selbst westlichen Analysen zufolge allein dem Schutz chinesischer Handelsschiffe vor der Piraterie am Eingang zum Roten Meer. Deshalb beschreiben zwei deutsche Wissenschaftler, Witold Mucha und Sven Wöhrmann von der Universität Düsseldorf,

⁸ Zitate aus dem in Anmerkung 3 erwähnten Interview.

China »nur« als Regionalmacht. Es baue zwar seine regionale Dominanz gegenüber den Nachbarstaaten aus, aber geopolitisch sei das Land nicht auf Augenhöhe mit den USA: »Trotz des bemerkenswerten sowohl wirtschaftlichen als auch militärischen Aufstiegs Chinas verfügt Peking nicht über die strukturelle Macht, um den Rückstand insbesondere gegenüber den USA aufzuholen bzw. um den Kriterien einer Weltmacht zu entsprechen.«⁹

Allein schon aufgrund seiner Größe, seiner Bevölkerungszahl kombiniert mit der wirtschaftlichen und technologischen Stärke ist China jedoch ein gefährlicherer Konkurrent für die USA als es andere Großmächte jemals waren. Irgendwann in den nächsten Jahrzehnten wird sich deren Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung der der USA annähern. Dann wird die chinesische Wirtschaft um ein Mehrfaches größer sein als die der USA. Diese historische Kräfteverschiebung in der Welt wollen die USA verlangsamen.

Großmacht, ohne Supermacht-Ambitionen

Alle Belege für die angeblich zunehmend aggressive Außenpolitik Chinas beziehen sich auf Auseinandersetzungen um die staatliche Souveränität des Landes. In denen geht es aus Sicht der Regierung in Beijing um chinesisches Hoheitsgebiet, was im Einzelfall strittig sein mag. Aber es gibt keine Versuche Chinas, trotz der Aufrüstung der Marine, international oder auch nur regional militärisch einzugreifen. Der US-Ökonom Jeffrey Sachs bewertet die Behauptungen über Chinas angeblich aggressives Auftreten »ohne die leisesten Hinweise auf die aggressiven und expliziten Versuche der USA, China nach dem alten Lehrbuch der US-Außenpolitik einzudämmen. Die USA haben verschiedene Kriege gestartet, haben hunderte Militärbasen im Ausland, brechen einen internationalen Vertrag nach dem anderen, starten zunehmend schrille, einseitige Handels- und Technologiekriege gegen China, machen äußerst umstrittene Vorwürfe gegen China wegen der Covid-19-Pandemie ohne die behaupteten enormen Beweise. Sie fordern ihre Bündnispartner explizit auf, sich gegen China zu verbünden. Das gegenwärtige Drehbuch der US-Außenpolitik ist geprägt von dem Interesse der USA, ihre Vorherrschaft überall aufrechtzuerhalten.« (Financial Times, 27.10.2020)

Auch ein Blick in Chinas jüngere Geschichte gibt keinen Hinweis darauf, dass Xi Jinping und die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) an der Umsetzung heimlicher Welteroberungspläne arbeiten. Eher das Gegenteil ist der

⁹ Veröffentlicht in der Ausgabe 3-4/2021 der Zeitschrift »Friedenswarte«. Zu beziehen unter: www.bww-verlag.de/detailview?no=2009460321D. Zitiert nach dem empfehlenswerten monatlichen Newsletter ChinaHirn von Wolfgang Hirn.

Fall: War China noch im 18. Jahrhundert ein wirtschaftlich hoch entwickeltes Land (auf China und Indien entfiel die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung der Welt), so wurde es im Zeitalter des Kolonialismus und Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert von den Kolonialmächten des Westens und später von Japan ausgeplündert sowie zum Spielball fremder Länder. Aus dieser Position hat es sich 1949 befreit, ist vom »Armenhaus der Welt« zu einem Land mit bescheidenem Wohlstand für die Masse der Bevölkerung geworden, und hat sich zu einer der führenden Industrienationen entwickelt. Nicht überall im Westen wird das bislang anerkannt.

Das Narrativ von Xi Jinping zielt darauf ab, den Wiederaufstieg Chinas als eines großen, international wichtigen Landes plausibel zu machen. Die Volksrepublik will international als Großmacht respektiert werden, die zur Neugestaltung der Weltordnung beitragen will. Damit gilt zwar nicht mehr die früher von Deng Xiaoping propagierte Außenpolitik nach dem Motto: »Den Ball flach halten«, doch »aggressive Supermacht« geht anders.

2017 gab Xi Jinping einen Hinweis auf Chinas langfristiges Denken, als er erklärte, es habe jetzt auch einen Fahrersitz in internationalen Angelegenheiten und wolle größere Beiträge für die Menschheit leisten. Das bedeutet nicht, Länder mit dem Modell vom »Sozialismus mit chinesischer Prägung« zu beglücken. Die KPCh will vielmehr sicherstellen, dass andere Mächte dem Land nicht in die Quere kommen. Die Regierung arbeitet daran, seine Diplomaten*innen in einflussreichen Positionen in multilateralen Institutionen zu etablieren, sodass sie die globalen Regeln etwa über Internet-Governance oder über Menschenrechte mitgestalten können. Zudem nutzt die Regierung ihre Position im Sicherheitsrat der UN mittlerweile eigenständiger als noch vor wenigen Jahren – nimmt also eine gestaltende Rolle ein, auch wenn dies nicht von allen Seiten gleichermaßen begrüßt wird.

China hat also zweifellos internationale Ambitionen. Dazu gehört auch seine Unterstützung für die Arbeit der Vereinten Nationen als Organisation gleichberechtigter Nationen und ist dem Multilateralismus verpflichtet. Nach den USA zahlt die Volksrepublik den zweithöchsten Beitrag zum UN-Budget, und nach Angaben der Süddeutschen Zeitung (22.10.2021) stellt China mehr Soldaten für die UN-Friedenstruppen als die vier anderen Veto-Mächte im UN-Sicherheitsrat zusammen. Der Westen hat die Folgen dessen verstärkten Engagements für die Vereinten Nationen unterschätzt. China hat das Infrastruktur-Großprojekt der »Neuen Seidenstraße« inzwischen offiziell als Bestandteil der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung platziert.

China will die UN als Schutzmacht der internationalen Ordnung und des Multilateralismus stärken – im Gegensatz zu exklusiven militärischen Bündnissen und Allianzen des Westens. Daher vertritt die Volksrepublik die Position, dass es keine Einmischung der UN in innerstaatliche Konflikte geben

darf und die Souveränität der UN-Mitgliedsstaaten ein hohes Gut ist. China betont das Recht auf Entwicklung gegenüber individuellen Freiheitsrechten und wehrt sich dagegen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zum Instrument der Einmischung in die Souveränität einzelner Staaten zu machen.

Zunehmend selbstbewusst entwickelt das Land seine außenpolitischen Initiativen. In einer Videobotschaft für die UN-Vollversammlung im September 2021 verkündete Xi Jinping erstmals die Globale Entwicklungsinitiative GDI (Economist, 11.6.2022) als Antwort der Welt auf die schweren Schocks durch Pandemie, Klimawandel etc, blieb allerdings noch vage über die Details dieser Initiative. Er sagte nur zu, sein Land werde keine Kohlekraftwerke mehr im Ausland bauen und wolle die Hilfe für arme Länder um drei Mrd. US-Dollar aufstocken. Chinesische Medien und Diplomaten erklärten, die GDI solle das Erreichen der von den UN-Mitgliedsstaaten 2015 vereinbarten Ziele für eine nachhaltige Entwicklung bis 2030 fördern. Zu diesen gehören u. a. die Beendigung von Armut und Hunger, der Zugang zu bezahlbarer grüner Energie für alle, der Abbau der Ungleichheit und der Stopp der Umweltverschmutzung.

In den chinesischen Medien wird dies als Weiterführung der »Neuen Seidenstraße«, der Belt-and-Road-Initiative beschrieben, die Xi Jinping erstmals 2013 ankündigte, und die 2017 als ein umfassendes internationales Infrastrukturprogramm »Neue Seidenstraße« in die Statuten der KP Chinas aufgenommen wurde. Inzwischen beteiligen sich ca. 150 Länder am Projekt »Neuen Seidenstraße«. Im Mai 2022 erklärte der damalige chinesische Außenminister Wang Yi, China werde die Entwicklungsinitiative mit einem Bündel praktischer Maßnahmen konkretisieren.

Als Alternative zu den westlichen Militärbündnissen hat China zudem eine Global Security Initiative lanciert. Bei dem Boao-Forum im April 2022 auf der chinesischen Insel Hainan, einem jährlichen Treffen von Politik, Wirtschaft und Medien, hielt Xi Jinping eine Rede »Rising to Challenges and Building a Bright Future Through Cooperation«.¹⁰ Darin schlug er erstmals eine »Global Security Initiative« (GSI) vor. Das Konzept wendet sich gegen Kalte-Krieg-Rhetorik, Machtpolitik und Hegemonie – und meint damit vor allem die USA: »Unsere Menschheit lebt in einer unteilbaren Sicherheitsgemeinschaft. Die Länder der Welt sind wie Passagiere auf dem gleichen Schiff, die das gleiche Ziel ansteuern. Damit das Schiff durch die Stürme navigieren und einer lichten Zukunft entgegensteuern kann, müssen alle Passagiere zusammenhalten. Die Idee, jemanden über Bord zu werfen, ist nicht akzeptabel.« Un-

¹⁰ news.cgtn.com/news/2022-04-21/Full-text-Xi-Jinping-s-speech-at-2022-Boao-Forum-for-Asia-19ppial90Eo/index.html.

teilbare Sicherheitsgemeinschaft soll heißen, dass ein Land seine Sicherheit nicht auf Kosten der Interessen eines anderen Staates festigen darf.

Rush Doshi, China-Direktor in Bidens Nationalem Sicherheitsrat, argumentiert in einem im Jahr 2021 erschienenen Buch, China verfolge eine »großangelegte Strategie«, die amerikanische Weltordnung zu ersetzen. Es wolle das mächtigste Land in der Welt werden, was Stolz, signifikante politische und wirtschaftliche Vorteile, aber auch Kosten und Risiken mit sich bringe.

Das Militärische ist sicherlich ein Feld, in dem der Unterschied zwischen Fähigkeiten und Entschlossenheit am wichtigsten ist. Und Kriege waren auch historisch die Mittel und Hebel, durch die neue Supermächte aufstiegen und die Weltordnung veränderten. China baut zwar seine Militärmacht aus, es ist aber fraglich, ob es überhaupt willens oder fähig ist, die Bürde einer globalen Militärmacht auf sich zu nehmen. Das Land hat seit den Zusammenstößen 1979 mit Vietnam keinen Krieg mehr geführt und rühmt sich seines friedlichen Aufstiegs. Und anders als die USA ist China sehr zögerlich mit Versprechen, seine Freunde und Verbündeten zu verteidigen.

China hat als die inzwischen große Handels- und Industriemacht zwar eine deutlich gewachsene politische Bedeutung erlangt, und Länder mit großen Handelsbeziehungen und/oder signifikanten chinesischen Investments sind zweifellos zögerlich bei entsprechenden Konflikten. Aber das wirtschaftliche Gewicht ist nicht immer ausschlaggebend, was die Politik von Japan, Australien und Südkorea zeigt, für die China der größte Handelspartner ist.

Die von den US-, NATO- und EU-Strategen behauptete systemische Rivalität von konkurrierenden politischen Systemen und Weltbildern ist sehr fraglich. Im Kern geht es im amerikanisch-chinesischen Konflikt um Macht, nicht um Ideologie. Die USA und der Westen würden sich auch dagegen wehren, von einem demokratischen China eingeholt oder überholt zu werden.

China könnte sein großes Netz von zivilen Hafenprojekten und -beteiligungen von Myanmar über Sri Lanka und Pakistan bis nach Griechenland um eine militärische Komponente erweitern, argumentieren US-Pentagon-Strategen. Aber es ist äußerst unwahrscheinlich, dass die Volksrepublik auch nur in der Lage ist, Sicherheitsgarantien anzubieten, die NATO-Mitgliedstaaten und ca. 30 weitere Länder dazu gebracht haben, US-Truppen zu stationieren.

Ohne eine vergleichbare weltweite Militärpräsenz wie die USA muss China andere Wege finden, eine Supermacht zu werden – oder solche Ambitionen aufgeben. Denn Wirtschaftsmacht allein reicht nicht aus, um aus einem Land eine »Supermacht« zu machen, wie der britische Historiker Adam Tooze deutlich machte: »Darin liegt der Unterschied zwischen Chinas Aufstieg und dem Aufstieg der USA. Die USA stiegen auf vor dem Hintergrund eines totalen Krieges, der Europas Militärmacht ausgelaugt hatte und der das perfekte Vehikel für Amerika bot, seine industrielle und technologische Stärke

auszuspielen [...] Die USA beanspruchten die demokratische Führung in der Welt, als der Krieg alle traditionellen Standards der Legitimität untergraben hatte [...] Für China bietet sich keine solche Möglichkeit. Seine relative finanzielle und wirtschaftliche Stärke ist weit geringer als die der USA im frühen 20. Jahrhundert [...] Will Beijing zu einem neuen Kreuzzug für eine Modernisierung mit chinesischen Charakteristiken aufrufen? Sicher nicht.« (Financial Times, 24.5.2014)

China will vor allem Geschäfte machen, Produkte verkaufen, mit Auslandsinvestitionen neue Absatzmärkte erschließen und sich Zugriff auf Technologien sichern, um international wettbewerbsfähig zu sein. Außerdem will das rohstoffarme Land, das fast die Hälfte der Weltproduktion von Kupfer, Eisenerz, Seltenen Erden etc. verbraucht, seinen riesigen Rohstoffbedarf absichern. Geschäftliche Interessen dominieren die chinesische Politik in den Ländern Afrikas und in anderen Regionen des Globalen Südens. Dieser Zugriff Chinas auf Märkte, Arbeitskräfte und Ressourcen ist sicherlich genauso kritisch zu begleiten wie das wirtschaftliche Gebaren anderer Staaten – einen aggressiven Imperialismus stellt es aber nicht dar.

Auch hinter dem Projekt der »Neuen Seidenstraße«, die Ost- und Süd-asien, Europa und den Nahen und Mittleren Osten enger verknüpfen soll, stehen in erster Linie wirtschaftliche Überlegungen. Gleichzeitig ist es ein großes geopolitisches Programm, das darauf hinausläuft, China als eurasische Macht zu stärken. Für den britischen Historiker Peter Frankopan wird mit dem Projekt die Idee eines eurasischen Großkontinents wiederbelebt.¹¹ Langfristig könne sich das Zentrum der Weltwirtschaft zurück nach Eurasien verlagern. Auch wenn China mit dem Projekt seine wirtschaftliche Einfluss-sphäre absichern will, bleibt die Frage, ob die chinesischen Strategen solche Gedanken hatten, Spekulation.

Die USA unterstellen China neokoloniale Ambitionen in Afrika und Lateinamerika. Für die amerikanische Afrika-Expertin Deborah Braeutigam ist der Vorwurf des chinesischen Neokolonialismus in Afrika überzogen: »Der Kolonialismus hat totale politische Kontrolle bedeutet, für China ist das politische Element eher leicht.« Afrika ist für China vor allem ein Versuchsfeld für die weitere wirtschaftliche Expansion und Sicherung der Rohstoffzugänge. Die Baukonzerne z. B. üben für Bauprojekte bei mittelgroßen bis großen Bauvorhaben. Dort sind sie sehr wettbewerbsfähig.

Aus afrikanischer Perspektive bringt Chinas Präsenz bei allen Risiken einzelner Projekte und von Korruptionsfällen, die auch in China öffentlich diskutierte werden, handfeste Vorteile bei der Finanzierung und bei Ingenieur-

¹¹ Peter Frankopan (2015): Das Licht aus dem Osten: Eine neue Geschichte der Welt, Berlin: Rowohlt.

leistungen. Vor allem aber bringt die Volksrepublik für die afrikanischen Staaten endlich Wahlmöglichkeiten im Handel und in den wirtschaftlichen Beziehungen. Jeffrey Sachs beschreibt deshalb Chinas Engagement als die »wichtigste Entwicklung für Afrika in dieser Generation« (Financial Times, 14.6.2017). Für den sambischen Ökonomen Dambisa Moyo, der in seinem Buch »Dead Aid« von 2011 die westliche Entwicklungshilfe an den Pranger gestellt hatte, hat sich »mit China das alte Narrativ von Geberländern und Empfängerländern massiv verändert [...] Afrikanische Länder brauchen Handel und Investitionen. Es ist gut, wenn China oder auch Indien, Türkei, Russland oder Brasilien neue Handels- und Investitionsmöglichkeiten für Afrika bringen.« (Financial Times, 25.6.2020)

Nach innen gewandt, trotz hoher Militärausgaben

Die KPCh und die Regierung sind vorsichtig angesichts der riesigen Aufgabe, ein Land mit 1,4 Mrd. Menschen zu regieren. Denn die Größe und Komplexität der Probleme Chinas setzt das politische System und die Entscheidungsträger*innen unter extremen Druck. So ist pro Kopf Chinas Wirtschaftsleistung nicht höher als die von Mexiko oder der Türkei. Partei und Regierung haben klare Prioritäten: Bis 2025 soll China zur Liga der Länder mit höherem Pro-Kopf-Einkommen aufschließen und bis 2050 zu den 30 reichsten Volkswirtschaften in der Welt gehören. Der Fokus liegt auf der Entwicklung des eigenen Landes, für das zudem die Gefahr einer permanenten strukturellen inneren Überdehnung und einer Überforderung des Systems und seiner Institutionen besteht. Die Bevölkerungsdichte im Osten und Süden ist sehr hoch, während der Westen und Südwesten – Regionen mit vielen ethnischen Minderheiten – dünn besiedelt ist. Das trifft auch für das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen einzelnen Landesteilen zu. Solche Widersprüche machen eine imperiale Rolle Chinas in der Welt sehr unwahrscheinlich. Die zentralen Interessen der chinesischen Politik sind die weitere Modernisierung des Landes, die politische Stabilität und der Erhalt des Regimes sowie die Einheit Chinas. Diese Prioritäten werden sich langfristig kaum ändern.

Seit 2000 gibt China jährlich etwa 2% der Wirtschaftsleistung für das Militär aus. In Kaufkraftparität gerechnet, liegen laut des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI die Militärausgaben nach Wechselkursen bei etwa einem Drittel der US-Militärausgaben. Chinas Aufholjagd über die letzten 20 Jahre reflektiert vor allem das größere Wirtschaftswachstum des Landes.

Selbst wenn die Volksrepublik bei den Militärausgaben mit den USA gleichziehen würde, verfügen die Vereinigten Staaten trotz der De-Industrialisierung in vielen Produktionszweigen seit vielen Jahrzehnten über den

technologisch modernsten militärisch-industriellen Komplex, der sich in einem immensen konstant hohen Anteil der Militärausgaben an der US-Wirtschaftsleistung manifestiert. Gegen diese geballte, über Jahrzehnte akkumulierte Militärmacht hat China keine Chance. Seine Militärpolitik zielt auf die Verteidigung in einem möglichen Krieg. Die Volksrepublik baut kein Netz von weltweiten Stützpunkten auf, die maritimen Ambitionen im Südchinesischen Meer zielen auf die Sicherung der Seewege für die Exporte und die Versorgung Chinas. Der Vorwurf des Westens, das Land würde die Freiheit des Welthandels und der Seewege bedrohen, ist absurd angesichts der Tatsache, dass es als größte Exportnation der Welt gerade darauf angewiesen ist.

Für eine andere Globalisierung

China hat eine andere Vorstellung von Globalisierung als das westlich-liberale Projekt. Xi Jinping verteidigte die Globalisierung 2017 vor der in Davos versammelten globalen politischen und wirtschaftlichen Elite und betonte den freien Handel, von dem China profitiert. Gleichzeitig betonte er das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und insistierte auf Chinas Recht, seinen Entwicklungsweg selbst zu bestimmen. Sein Land habe sich nach seinen eigenen Bedingungen in das globale Wirtschaftssystem eingebracht und binnen einer Generation 600 Mio. Menschen aus der Armut befreit. »China steht zu seinen eigenen Bedingungen und Erfahrungen. Wir haben die Weisheit der chinesischen Zivilisation geerbt und lernen von den Stärken im Osten und Westen [...] Wir lernen, wir kopieren aber nicht von anderen. Wir formulieren unseren eigenen Entwicklungsweg durch kontinuierliches Experimentieren [...] Kein Land sollte den eigenen Weg als den einzig gangbaren Weg aufs Podest stellen.« (Financial Times vom 20.1.2017).

In der Logik christlich geprägter, aggressiv-imperialer Welteroberungsstrategien ergibt die Angst vor China einen begrenzten Sinn, denn wenn das Land zur größten Wirtschaftsmacht der Welt aufsteigt, dann muss es diesen westlichen Vorstellungen zufolge zwangsläufig ebenfalls auf politische und militärische Expansion setzen, den Westen herausfordern und die USA vom Thron stoßen. Dazu schreibt der Ökonom und frühere polnische Außenminister Grzegorz Kolodko 2020: »China will nicht andere Länder zu Feinden abstempeln [...] Es ist erstaunlich, aber China scheint besser zu verstehen, was gegenwärtig auf dem Spiel steht an der gegenwärtigen Kreuzung der Zivilisation.«¹²

¹² Grzegorz Kolodko (2020): *China and the Future of Globalization: The Political Economy of China's Rise*, London, IB Tauris Publishers.

China ist im globalen Machtgefüge als wirtschaftliche Weltmacht mit enormem internationalem Einfluss mittlerweile klar platziert. Die Bedrohungsszenarien der westlichen Propaganda entspringen Ängsten, ins Hintertreffen zu geraten. Mit einer tatsächlichen, vor allem militärischen Bedrohung der Welt durch China hat all dies wenig zu tun. Die Volksrepublik muss in ihrem Bemühen um die innere Stabilität und wirtschaftliche Absicherung verstanden werden – und für die Folgen mancher dieser Aspekte gern auch kritisiert werden. Die globale Angstmache vor einem neuen »Kalten Krieg« hilft allerdings niemand – weder in China noch in den Gesellschaften im Westen oder in den Ländern des Globalen Südens.

Zu der Einschätzung, dass China nicht nach Weltherrschaft strebt, kommt auch der Frankfurter Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe: »Es ist wohl diese Serie von Demütigungen, die China hinnehmen musste und die den Boden für einen fast 50-jährigen Krieg bereitete, der in einer Mischung aus Bürgerkrieg und japanischer Aggression das Land bis zum Beginn der kommunistischen Ära 1949 prägte. Diese Demütigungen bestimmen maßgeblich den Hintergrund für das chinesische Streben nach Gleichberechtigung und ›Augenhöhe‹. Dass sich diese Momente mit der kommunistischen Herrschaft vermischt haben, macht sie nicht weniger wirksam; es spricht kaum etwas für die Annahme, die nationalen Selbstbehauptungsimpulse verlören bei einem Schwinden des kommunistischen Einflusses an Gewicht. Sie sind da und sie bilden die Grundlage für die Vorstellung, nur eine durchgreifende Modernisierung des eigenen Landes werde ein erneutes Absinken in einen halbkolonialen Status verhindern, für den die Wegnahme Taiwans 1895 das schmerzhafteste Symbol war. Ein Streben nach Weltherrschaft ist das zumindest in direkter Hinsicht kaum, wie auch China historisch so etwas nie angestrebt hat. In gewisser Hinsicht war das Land sich stets selbst genug – so lange, bis der Freihandelsimperialismus Chinas Schwächen gnadenlos offenbarte. Dass so etwas wiederkehrt, wird man in China um jeden Preis verhindern wollen.«¹³

¹³ Werner Plumpe: Trauma des westlichen Freihandelsimperialismus sitzt tief. China will das Trauma des Handelsimperialismus um jeden Preis verhindern, erschienen im: Handelsblatt 2.5.2022.